



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die Grünen

zu „Einführung eines Jugendchecks für Gesetze und Verordnungen in Schleswig-Holstein“ (Drucksache 20/20)

Jugendpolitische Strategie gemeinsam gestalten: Ziel ist möglichst viel Jugendbeteiligung

Der Landtag wolle beschließen:

Wir werden eine jugendpolitische Strategie für Schleswig-Holstein entwickeln, die die Interessen und Bedürfnisse von Jugendlichen in den Mittelpunkt stellt und relevante Akteurinnen und Akteure, wie zum Beispiel den Landesjugendring, die Landesschülervertretungen und die Kommunen beteiligen. Ziel ist es, einen Prozess mit Jugendlichen gemeinsam zu gestalten.

Bei dem Strategieprozess steht fest, dass wir bereits heute in Schleswig-Holstein gute Voraussetzungen für eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen haben. Beispiele sind der § 47 f Gemeindeordnung (GO), das Jugendparlament und die Praxis der Förderung der Jugendverbände. Ausgehend davon wollen wir prüfen, wie wir zum Beispiel die verpflichtenden Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche noch weiter mit Leben füllen können.

Ziel soll möglichst viel Jugendbeteiligung sein. Hierzu zählt auch, dass wir die Einrichtung einer legitimierten Kinder- und Jugendvertretung im Landtag im Rahmen der Arbeit an der Jugendstrategie ergebnisoffen diskutieren und dass wir den Folgen von Gesetzgebungsvorhaben für die Belange von Jugendlichen in der Regierung und im Parlament die gebotene Beachtung zukommen lassen. Wir werden im Dialog mit den Jugendverbänden dafür geeignete Formate entwickeln.

Werner Kalinka
und Fraktion

Nelly Waldeck
und Fraktion